

Inhalt

Vorwort	10
Vor Gericht und auf hoher See ... – Rückstellungen für Prozessrisiken	
<i>Michael Wendt, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof</i>	
I. Einleitung	13
II. Allgemeine Grundsätze der Rückstellungsbildung	13
III. Zurückzustellende Risiken im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren	16
IV. Wirtschaftliche Verursachung in der Vergangenheit	21
V. Wahrscheinlichkeitsprognosen bei Prozessrisiken	22
VI. Bewertung der Rückstellung	27
VII. Schluss	28
Rangrücktritte für Gesellschafterdarlehen in Insolvenzstatus, Handels- und Steuerbilanz	
<i>Prof. Dr. Guido Förster, Steuerberater, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf</i>	
I. Einführung	29
II. Gesellschaftsebene	29
III. Gesellschafterebene	40
IV. Fazit	42
Immer Ärger mit den Einlagen bei Kapitalgesellschaften – Geleistete, fiktive, missbräuchliche und zurückgezahlte Einlagen	
<i>Prof. Dr. Hans Ott, Steuerberater/vBP, Köln</i>	
I. Einlagen und steuerliches Einlagekonto	45
II. Übersehene Einlagen	48
III. Fiktive Einlagen	50
IV. Rangrücktritt als fiktive Einlage	51
V. Missbräuchliche Einlagen	55
VI. Zurückgezahlte Einlagen	58
VII. Zusammenfassung	62
Verhaltensökonomie und Steuerpolitik	
<i>Prof. Dr. Kay Blaufus, Leibniz Universität Hannover</i>	
I. Einleitung	63
II. Grundlagen der Verhaltensökonomie	64
III. Empirische Befunde der verhaltenswissenschaftlichen Steuerlehre	65
IV. Implikationen für die Steuerpolitik	76
V. Fazit	81

Die Kanzlei des Syndikus in den Räumen seines Arbeitgebers – ein Ding der Unmöglichkeit?

Prof. Dr. Axel Pestke, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, Berlin

Vorbemerkung	83
I. Anlass und Reichweite der Untersuchung	85
II. Bisherige Akzeptanz der in den Räumen des nicht-anwaltlichen Arbeitgebers unterhaltenen Kanzlei	87
III. Vorwurf einer unzulässigen Bürogemeinschaft (Verstoß gegen § 59 a Abs. 3 BRAO)	90
IV. Vorwurf der Verletzung der Kanzleipflicht (§ 27 BRAO i. V. m. § 5 BORA)	97
V. Bedeutung der Verschwiegenheitspflicht allgemein	98
VI. Vorwurf der Verletzung von Verschwiegenheitsanforderungen (§ 43 a Abs. 2 BRAO i. V. m. § 2 BORA) in Bezug auf das Lesen von Absenderangaben durch Empfangspersonen	101
VII. Vorwurf der Verletzung von Verschwiegenheitsanforderungen (§ 43 a Abs. 2 BRAO i. V. m. § 2 BORA), weil die Empfangsperson und sonstige Mitarbeiter Mandanten sehen können, die den Rechtsanwalt in der Kanzlei aufsuchen	111
VIII. Vorwurf der Verletzung von Verschwiegenheitsanforderungen (§ 43 a Abs. 2 BRAO i. V. m. § 2 BORA), weil der nicht-anwaltliche Arbeitgeber bei Mitbenutzung seiner Telekommunikationsanlagen anwaltliche Gespräche abhören und speichern könnte	114
IX. Auswirkungen der festgestellten Ergebnisse auf die weiteren von der RAK gestellten Anforderungen und auf sonstige verschwiegenheitsrelevante Bereiche	115
X. Sonstige Anforderungen (außerhalb der Verschwiegenheitsthematik) an Rechtsanwälte, die ihre Kanzleien in den Räumen nicht-anwaltlicher Arbeitgeber unterhalten	119
XI. Zusammenfassung und Ausblick	120

Steuerliche Abzugsfähigkeit bei multiplem Veranlassungszusammenhang

Dr. Martin Strahl, Steuerberater, Köln

I. Aktualität der Thematik	123
II. Die Bedeutung des Veranlassungszusammenhangs für die Geltendmachung von Erwerbsaufwendungen in der Historie deutscher Steuergesetzgebung	125
III. Aufteilung gemischt veranlassten Aufwandes im Schätzungswege	128
IV. Fazit	131

Nachträgliche Anschaffungskosten auf eine Beteiligung im Sinne des § 17 EStG nach Wegfall des Eigenkapitalersatzrechts

Dr. Norbert Bolz, Richter am Nds. Finanzgericht a.D.

I. Grundlagen	133
II. Umfang nachträglicher Anschaffungskosten	134

Aktivitätsklauseln als Problem für die Steuerberatungspraxis

Prof. Dr. Bert Kaminski, Hamburg

I. Einleitung	147
II. Aktivitätsklauseln	149
III. Ausgewählte Anwendungsfragen	156
IV. Fazit	166

Verlustabzugsbeschränkung nach § 8 c Abs. 1 KStG, § 10 a Satz 10 GewStG bei unterjährigem Beteiligungswechsel bei Organschaft?

Joachim Moritz, Richter am Bundesfinanzhof a.D.

I. Vorbemerkungen	167
II. Problemstellung	169
III. BFH-Entscheidung vom 30. November 2011 – I R 14/11	172
IV. Folgerungen für Organschaften	173
V. Fazit	178

Die Angemessenheit von Geschäftsführervergütungen in der Rechtsprechung des BFH zur verdeckten Gewinnausschüttung und ihre Bedeutung im Hinblick auf die Angemessenheit der Vergütungen von Fremd-Geschäftsführern gemeinnütziger Kapitalgesellschaften

Dr. Rolf Schwedhelm, Rechtsanwalt, Köln

I. Rechtliche Grundlagen	181
II. Die Angemessenheit im Gemeinnützigkeitsrecht	182
III. Die Angemessenheit von Geschäftsführervergütungen in der Rechtsprechung des BFH zur verdeckten Gewinnausschüttung	183
IV. Fehlende Gemeinnützigkeit bei Verstoß gegen die sonstigen Kriterien der verdeckten Gewinnausschüttung	195

Einkunftsartenkonkurrenz bei Mitarbeiterbeteiligungen

Prof. Dr. Georg Crezelius, München

I. Einleitung	199
II. Rechtsprechung	199
III. Steuersystematik	202

Chancen und Risiken der steuerlichen Behandlung von Mehr- und Minderabführungen i. R.v. Umwandlungsvorgängen

Dirk Krohn, Steueroberamtsrat, Finanzverwaltung Schleswig-Holstein

I. Vorbemerkungen	211
II. Einzelne Fallkonstellationen	219
III. Anmerkungen	222

Die Auswirkungen des Unionsrechts auf das nationale Umsatzsteuerrecht

Dr. Jörg Grune, Richter am Nds. Finanzgericht

I.	Einführung	225
II.	Die Harmonisierung der Umsatzsteuer	227
III.	Anwendungsvorrang des Unionsrechts	230
IV.	Zusammenfassung	239

Die Selbstanzeige im Zeitalter des elektronischen Datenaustausches

Dr. Michael Messner, RA/Notar/Fachanwalt für Steuerrecht/Fachanwalt für Erbrecht, Hannover

I.	Sinn und Zweck einer Selbstanzeige	241
II.	Geänderte Rahmenbedingungen	242
III.	Gesetzliche Verschärfungen der Selbstanzeige	247
IV.	Kritik	257
V.	Fazit	262
	Literaturverzeichnis	265